



der WELLENBRECHER

► Informationsblatt des Kreisverbandes DIE LINKE. Nordwestmecklenburg



6. Jahrgang / Ausgabe 35 - Nr. 1 / 2017

www.die-linke-nwm.de

Sozial - Gerecht und gut aufgestellt! Direktkandidaten im Bundestagswahlkreis 12 und 13 aufgestellt



Die Bundestagswahl am 24. Sept. rückt näher, die Debatten um das Wahlprogramm sind in vollem Gange und nun haben wir auch in unserem Bereich die Direktbewerber aufgestellt, die für unsere LINKE ins Rennen ziehen werden.

Am 20. Jan. haben die Delegierten aus Ludwigslust/Parchim, Schwerin und Nordwestmecklenburg den stellv. Landesvorsitzenden Andre Walther als Kandidaten für den

Bundestagswahlkreis 12 gewählt. Der 28 jährige Kandidat, der derzeit noch als Student an der Hochschule Wismar Wirtschaftsrecht studiert, freut sich auf den anstehenden Wahlkampf. Walther betonte: Wer neoliberale Politik beenden will, muss sich mit den Reichen anlegen. Er sei dazu bereit. Walther erreichte 91,3% der Stimmen.

Am 28. Jan. trafen sich die Dele-



gierten des Bundestagswahlkreises 13 in Demen. Die Delegierten aus dem Landkreis Rostock, sowie aus Ludwigslust/Parchim und Nordwestmecklenburg hatten die Qual der Wahl. Aus dem Landkreis Rostock bewarb sich Susanne Krone (51) Fachbereichsleiterin bei der Lebenshilfe in Rostock. Aus Nordwestmecklenburg bewarb sich der 50 jährige Kaufmann Horst Krumpen. Beide trug-

gen in ihren engagierten Vorstellungsreden ihre politischen Ideen, und Ziele vor. Die Delegierten entschieden sich mit zweidrittel Mehrheit für Horst Krumpen. Dieser dankte für die Wahl und versprach einen kämpferischen gemeinsamen Wahlkampf der drei Kreisverbände. Susanne Krone sagte Horst Krumpen ihre Unterstützung im Wahlkampf zu.

(Fortsetzung auf Seite 4)

Neue Anlaufstelle eröffnet!



Mit der Fragestellung „War Nikolaus eigentlich Sozialist?“ luden Horst Krumpen, Björn Griese und Dietmar Bartsch zur Eröffnung am 7. Dez. in die neuen Räume ein. Der Einladung in die Lübsche Straße 70 folgten viele Genossinnen und Genossen, auch Vertreter anderer Fraktionen im Kreistag kamen, um bei Punsch und Lebkuchen zusammen zu feiern. Die neuen Räume wurden dank der Organisation von unserem Kreisgeschäftsführer Mario Menzzer und der tatkräftigen Unterstützung

von vielen fleißigen Genossinnen aus Grevesmühlen, Wismar und anderen Basisorganisationen gerade noch rechtzeitig fertig. So konnte der Nikolaus an der Tür in die hellen und freundlichen Räume bitten, die künftig auch als Anlaufstelle für die Bürgerinnen und Bürger offen stehen. Wer noch nicht da war, ist herzlich eingeladen und wer noch Räume für Treffen von BO oder uns nahestehenden Vereinen oder Verbänden sucht, einfach bei Mario melden.

Sag beim Abschied leise Servus...



Nach unzähligen engagierten Jahren im Kreistag hat Luise Krüger sich entschieden ihr Mandat abzugeben.

Nach dem bereits ausgesprochenen Dank des Kreisverbandes auf dem letzten Kreisparteitag, verabschiedete Björn als Fraktionsvorsitzender die scheidende Alters- und Vizepräsidentin des Kreistages Nordwestmecklenburg.

Die Fraktion bedankte sich mit Karten für einen Musicalbesuch und Luise bedankte sich auf ihre

Art, indem sie einfach der Fraktion noch einmal zum anstehenden Haushalt des Kreistages etliche Anregungen mit auf den Weg gab.

Engagiert von der ersten bis zur letzten Minute als Kreistagsabgeordnete, so kennen wir Luise, die Fraktion und die Partei hoffen auch weiterhin auf ihre Erfahrung und ihren Rat, deshalb nur ein leises Servus aus der Kreistagsfraktion.

Beckmessers Meckerecke Heute: Der Fußball und seine Fans

Wer den Fußball schlechtredet, gilt bei uns leicht als abartig. Wenn vom Holzen auf dem Dorfanger oder vom Spielbetrieb in einem Amateuerverein die Rede ist, möchte ich mich diesem Verdacht nicht aussetzen. Gesundheit, Freude an der Bewegung, Kameradschaft, Fairness ... u. a. Rühmendes ließen sich leicht aufzählen. Und dass die Fans dieser Bolzer – meist Vater, Bruder, Oppa u. dergl. – auf die artistischen Leistungen ihrer Akteure stolz sind, kann man leicht nachvollziehen.

Abartig wird es erst, wenn dieses schöne Mannschaftsspiel im Profifußball einer kapitalistischen Verwertung unterworfen wird und so zu einem bedeutenden Zweig der unsere Gesellschaft überwuchernden Unterhaltungsindustrie wird: Aus dem Sport wird eine Geldmachmaschine, und ein zweiter – sicherlich gewünschter – Effekt ist, das die oft prekarierten Fangemeinden davon abgehalten werden, sich für gesellschaftlich und für sie selbst wichtigere Ziele einzusetzen.

Was bewegt jemanden dazu, z. B. Toni Kroos zu bewundern, der mit seinem 2-stelligen Millionensalär die monatliche Stütze eines Hartzers in knapp 30 Min. im Schlaf kassiert? Und warum der Fußballer, nicht der Schlappseiltänzer, der für seinen Job ebenso viel trainieren muss? Entspricht es dem Informationsauftrag der öffentlich-rechtlichen Medien, horrende Summen – unsere Beiträge – für den Erwerb von Übertragungsrechten auszugeben? Fragen über Fragen. Die Lösung wäre so einfach wie beim Krieg: Stell dir vor, es ist Fußball und keiner geht hin.

Dabei sollte man den IQ der Fans nicht unterschätzen, neben dem Proll tummeln sich auch z. B. Bankangestellte und Ingenieure; Leser von Shakespeares Sonetten wohl dagegen eher nicht.



Wenn ich an Fußballfans denke, kommt mir stets jenes vor einigen Jahren in den Medien gezeigte Bild in den Sinn, das einen in eine Nationalfahne gehüllten, in einer Pfütze stehenden „...dschland“-Schreier zeigt, der sich vor lauter Begeisterung über einen Sieg der Nationalmannschaft seine Hose bepisst hat.

Eckhardt Stelbrink: Mein neuer Weg



Danke für die Möglichkeit, an dieser Stelle einige Worte sagen zu dürfen.

Nach zweieinhalb Jahren Bürgermeistertätigkeit möchte ich berichten, dass die in meinem Wahlflyer gesteckten Ziele dank meiner tollen Gemeindevertreter erreicht wurden. Im sozialen Bereich sind wir schon wieder mit Plänen für den weiteren Ausbau unserer Kita beschäftigt und knacken noch immer an der Nuss, wie wir ohne Genehmigung von Bauplätzen ein Wachstum der Gemeinde zu Stande bekommen. Erinnert mich doch sehr stark an Leute, die man in der

Vergangenheit Schildbürger nannte. Wenn ich ehrlich bin, ist es sehr viel verlangt, im Ehrenamt Wunder zu vollbringen, da der Tätigkeitsbereich umfangreicher ist, als einige vermuten. Es beginnt mit der Aufgabe als zweiter Stellvertreter des Amtsvorstehers und endet mit dem Engagement für die beiden Feuerwehren der Gemeinde. Zeit ist Mangelware und ich habe kein Verständnis dafür, dass es kritisch belegt wird, wenn ich nicht mehr in regelmäßigen Abständen die Klarzeitung verteile. Auch die Bürgersprechstunde mache ich jetzt mit Hilfe der modernen Technik, denn meiner Ansicht nach können wir es uns nicht leisten, mit einem riesigen Berg an Arbeit im Hintergrund zwei Stunden aus dem Fenster zu schauen. Der direkte Kontakt zu meiner Partei ist doch stark abgeebbt, Termine überschneiden sich oft und passt es tatsächlich, wütet ein Schneesturm. Meinerseits habe ich mich bei der letzten Wahl zum Kreisvorstand aufstellen lassen und mit dem Listenplatz für den

Kreistag war keine realistische Chance vorhanden. Ich werde mich also weiterhin mit der politischen Arbeit in der Gemeinde bzw. Amt beschäftigen, denn dort können wir messbare Ziele zeitnah erreichen, dort habt ihr mich hingeschickt.

Mein Wunsch an unsere Genossen wäre, bevor wir unsere politische Meinung äußern, zu aller erst einmal die andere Seite zu respektieren und zu wertschätzen. Denn nur so ist ein gesunder Umgang miteinander möglich.

Für meine Gemeindevertretung ist es jetzt von äußerster Wichtigkeit, den Kontakt zu den Bürgern zu behalten, ihre Probleme zu lösen und die Gemeinde weiter lebenswert zu gestalten. Dazu zählen die im letzten Jahr an den Wohnblöcken gebauten Balkone, der neue Spielplatz und in diesem Jahr werden wir einen Angelteich anlegen, welchen die Kinder und Jugendlichen unserer Gemeinde im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen kostenlos nutzen können.

ROSA LUXEMBURG STIFTUNG

Der RLS-Freundeskreis kündigt an

Die erste Veranstaltung im Jahr 2017 ist schon Geschichte: Am 9. Januar sprach Kai Ehlers in Wismar gewohnt sachkundig über den Syrienkrieg und die unterschiedlichen Rollen Russlands und des Westens in diesem Konflikt. Die nächsten beiden Veranstaltungen werden sich mit den Ursachen des Anwachsens rechter Kräfte und linken Gegenstrategien dazu befassen: Am 3. Februar spricht Horst Kahrs zur Situation in Deutschland anhand der Studie „Die enthemmte Mitte ...“ und am 28. März wird Holger Politt den Rechtsruck in Polen in den entsprechenden europäischen Zusammenhang stellen. Mit einem Vortrag zur Militarisierung der Deutschen Außenpolitik vom Friedensaktivisten Lühr Henken am 11. April wollen wir auch für den Ostermarsch mobilisieren. Der bisher einzige Vortrag außerhalb von Wismar wird am 10. Mai in Gadebusch mit Wolfgang NeskoVIC stattfinden, der über soziale Grundrechte sprechen und mehr Gerechtigkeit für unsere Gesellschaft einfordern wird. Für den 1. Juni wird Dr. Leibiger zu wirtschaftlichen Wachstumsmöglichkeiten vortragen, die trotz Ressourcenverknappung – sozusagen

als Gegenentwurf zum Degrowthkonzept – weiterhin möglich sind. Für den 16. August hat Dr. Sablowski zugesagt, mit einem Vortrag zum Thema „Raus aus dem Euro?“ und linken Alternativen. Auf bisher unbetretenes Neuland wollen wir uns am 22. September im Rahmen der Interkulturellen Woche vorwagen; geplant ist in Zusammenarbeit mit der Kommune Olgashof und deren Tischlerei ein Workshop zur Herstellung von „HartzIV-Möbeln“ mit dem experimentierfreudigen Architekturprofessor Van Bo le Mentzel und einem seiner Studenten. Die bisher letzte Veranstaltung findet am 13. Oktober gemeinsam mit der evan-

gelischen Kirchgemeinde im Rahmen der Reihe „Turmerlebnis“ statt, wo der ehemalige Euroabgeordnete und Pfarrer Jürgen Klute über „Fünf Dimensionen sozialer Gerechtigkeit“ sprechen wird. Weitere Veranstaltungen sind in Vorbereitung; ich würde mich vor allem über weitere Interessenbekundungen zu Veranstaltungen im Kreisgebiet freuen. In Wismar haben wir uns für dieses Jahr einen neuen Veranstaltungsort erschlossen, den Treffpunkt im Lindengarten (TiL), den wir künftig vorrangig für unsere Veranstaltungen nutzen wollen.

Lutz Tannhäuser

Ausstellung und Begleitprogramm

Wislar, Kirche St. Nikolai
vom 13. März bis 13. April 2017

Eröffnung am 13. März 2017 um 17.30 Uhr

Redner:

Roger Thomas, Pastor St. Nikolai

Dr. Axel Holz, VVN-BdA Mecklenburg-Vorpommern,
Schwerin

Diplomlandwirt Gerhard Fischer, Koordinator der
Wanderausstellung in Mecklenburg-Vorpommern

Die Ausstellungseröffnung wird musikalisch umrahmt.

„Deutschland muss leben,
deshalb muss Hitler fallen!“
Die weltweite Bewegung
„Freies Deutschland“
1943 – 1945



Erster Doppelhaushalt des Kreises - Augen zu und durch?

Von Björn Griese

Am 19. Januar befand der Kreistag NWM das erste Mal über einen Doppelhaushalt. Eigentlich doch keine schlechte Sache – man schafft damit Planungssicherheit. Aber die Haushaltsaufstellung erfordert besondere Sorgfalt. Sie muss langfristig und nachhaltig sein.

Dabei sind die Rahmenbedingungen alles andere als einfach. Das Urteil zur Klage der Gemeinde Perlin zwang zu einem umfassenden Abwägungsprozess mit den Städten und Gemeinden – leider wieder unter Zeitdruck. Die Kreisverwaltung schlussfolgerte aus den Antworten der Gemeinden, dass keine von ihnen „dauerhaft strukturell unterfinanziert“ sei. Das darf zumindest bezweifelt werden, wenn als Maßstab die letzten zehn Jahre genommen wurden. „Erst“ die Finanzausgleichsnovelle (FAG)-Novelle 2009 verschlechterte die Situation vieler Kommunen auf dem Land.

Und dieses FAG wurde trotz vieler anderslautender Versprechen im-

mer noch nicht geändert. Die Landesregierung macht dazu lieber Gutachten und stellt nun Änderungen in 2018 in Aussicht. Zurecht beklagt der Landkreistag, dass die Kreise bisher beim Prozess wenig beteiligt werden und befürchtet, dass am Ende weniger für Kreise, Städte und Gemeinden rauskommen könnte. Vorsitzender des Landkreistages ist übrigens Hr. Christiansen ... SPD-Landrat in Ludwigslust-Parchim ... vielleicht sollte auch unsere SPD-Landrätin mal ihre Landesregierung in die Pflicht nehmen!

In der Ostsee-Zeitung formulierte sie richtig, dass Landkreis und Städte und Gemeinden in einem Boot sitzen. Wir hängen am Tropf von Bund und Land und können unsere kreislichen Aufgaben nur erledigen, wenn wir den Städten und Gemeinden Geld durch die Kreisumlage nehmen.

Leider wurde auch im Kreistag auf



die Tube gedrückt ... wenig Zeit blieb den Ausschüssen und nur eine Sitzung dem Kreistag selbst für den ersten Doppelhaushalt.

Ursprünglich wollte die Landrätin ihn schon im Dezember beschließen lassen ... wie auch immer!? Dabei übte sie schon lange vorher Druck aus, indem sie auf dem Städte- und Gemeindetag zusagte, die Kreisumlage auf 42% abzusenden. Eine zweite Lesung im Kreistag wäre eigentlich angebracht gewesen ... Änderungsanträge wurden so im Eiltempo durchgehechelt und letztendlich von CDU, SPD und LUL abgelehnt. Unsere zwei Anträge zu mehr Gerechtigkeit bei der Schülerbeförderung und zur Unterstützung der Tierheime wurden „wenigstens“ in die Ausschussberatung verwiesen. Hauptsache, es heißt dann später nicht: „Dafür gibt es kein Budget im Haushalt“!

Und es fehlt dem Doppelhaushalt

an Nachhaltigkeit und Seriosität. Es soll ordentlich in die Kapitalrücklagen (über 6,7 Mio. €) gegriffen werden und über 8 Mio. € an Krediten aufgenommen werden. Schon 2019/20 wird der Ergebnishaushalt nicht ausgeglichen sein ... und vermutlich die Kreisumlage wieder angehoben werden müssen. Das „Geschenk“ an die Städte und Gemeinden – wie es CDU, SPD und LUL darstellen wollten – ist also Augenwischerei. Bis Ende 2018 wird das Eigenkapital um 7 Mio. € gemindert und bis Ende 2020 um voraussichtlich weitere 5,7 Mio. € ... also insgesamt fast 13 Mio. €!!

Aus all diesen Gründen haben wir den Haushaltsentwurf der Verwaltung abgelehnt. CDU und SPD hatten an diesem Abend arge Personalprobleme und konnten die Fraktion LUL zur Zustimmung gewinnen ... sie alle sahen keinen Änderungsbedarf – weder durch Anträge anderer noch durch eigene – getreu dem Motto: „Augen zu und durch“.

Aufbruch zu effektiverer Parteiarbeit

Regionalkonferenz am 28. Januar in Demen diskutiert Leitbild und Aufgaben zur Weiterentwicklung der Parteiarbeit in MV

Von Uwe Boldt

Nach den desaströsen Ergebnissen der Landtagswahl im vergangenen Jahr hat der Landesvorstand die vielen kritischen Vorschläge aus den Kreisparteitagen gesammelt und in einem Entwurf zur Fortentwicklung des Selbstverständnisses unserer Partei (Leitbild) sowie der deutlichen Qualifizierung der Arbeit in den Gliederungen unseres Landesverbandes erarbeitet und in Regionalkonferenzen zur Diskussion gestellt.

Dieser, für alle relativ neue Prozess basisdemokratischer Mitwirkung ist der Auftakt zur breiten Mitgliederdiskussion zu den Fragen des Leitbildes unserer Partei, der Entwicklung von Alternativen zur Regierungspolitik, der Neuausrichtung der Öffentlichkeitsarbeit, der Nachwuchsgewinnung und Förderung junger Mitglieder und Sympathisanten.

Die Autoren des Entwurfes gaben eine ausführliche Einführung in die einzelnen Teilbereiche und

Torsten Koplín als Verantwortlicher für diesen Prozess erörterte die Richtung künftiger Aktivitäten zur Erhöhung der Ausstrahlung unseres Landesverbandes auf alle Bewohner von MV.

Regionalkonferenzen zum Wahlprogramm-entwurf

Ziel ist es, auf dem Landesparteitag im April einen Beschluss zur deutlichen Verbesserung der Parteiarbeit, einschließlich der Klärung des Selbstverständnisses und der Zielrichtung des Handelns in unserer Partei fassen zu können. An deren Erarbeitung sollen möglichst viele Mitglieder aus den Basisorganisationen ihre Erfahrungen, Ideen und Vorschläge einbringen.

Dieses Dokument wird die Frage beantworten, wofür unsere Partei steht und wie sie sich aktiv an der Gestaltung von sicheren, gerechten, solidarischen und lebenswerten Verhältnissen für alle Menschen

in MV einbringen will. Es soll aktivierende Wirkung auf alle Menschen ob Jung ob Alt, ob Arbeiter, Handwerker oder Akademiker haben, damit sie sich in die Zukunftsgestaltung ihres Lebensumfeldes einmischen.

Der erste Schritt ist getan, Vertreter des Stadtverbandes Wismar haben auf dieser Veranstaltung einige Vorschläge unterbreitet und wollen im weiteren die Diskussion in den Basisorganisationen fortführen. Ziel ist es, so breit wie möglich die Interessen und Vorstellungen aller Mitglieder des Stadtverbandes in das Dokument einfließen zu lassen. Dazu sind auch alle anderen Basisgruppen und Stadtverbände aufgerufen. Unser Kreisgeschäftsführer ist selbst Mitglied in der AG zur Erarbeitung des Grundsatzdokumentes und nimmt alle Vorschläge unter der E-Mail-Adresse:

kgf2@die-linke-nwm.de entgegen und leitet diese weiter an die gesamte Arbeitsgruppe.

Ein Slogan für den Bundestagswahlkampf 2017

Was ist eine Bundestagswahl ohne humorvolle, zugespitzte und aussagekräftige Botschaften? Wir setzen auf die kreative Kraft der Vielen setzen und rufen deshalb zu einem Wettbewerb um den besten Slogan für den Bundestagswahlkampf 2017 auf.

Wir möchten Euch Gelegenheit geben, Eure Vorschläge einzureichen.

Sowohl der Gewinner-Slogan als auch andere Slogans werden in unserer Wahlkampagne Verwendung finden und auf Plakaten, in Flyern, auf der Website und in Social Media, in Zeitungen genutzt werden.

Der Sieger-Vorschlag erhält sein eigenes Facebook-Sharepic und die Einreicherin bzw. der Einreicher gewinnt eine Einladung zum Fest der Linken in Berlin am 16. und 17. Juni 2017 für zwei Personen.

Hier könnte
Dein
Slogan
stehen!
DIE LINKE.

Barrierefreies Bauen - Sind wir gut in der Spur?

Von Wolfgang Griese

Seit 2008 erlangte die UN-Behindertenrechtskonvention in der BRD Gesetzeskraft. Im Mittelpunkt der Sozialpolitik unserer Partei steht die Inklusion der Menschen mit einem Handicap in allen gesellschaftlichen Bereichen. Das „barrierefreie Bauen“ ist Teil dieser Inklusion.

Barrierefreiheit nicht nur bei öffentlichen Bauten, muss zur gesetzlichen Baupflicht werden und im gleichen Rang zur Statik eines Gebäudes, dem Schall-Wärme- u. Brandschutz als gesetzliche Pflicht stehen.

Ist unser Land M-V hier schon auf dem richtigen Weg? Klar „Nein!“ Unser aktuelles Landes-Baurecht gibt es im geforderten Umfang nicht her. Technisch ausgereifte DIN-Bestimmungen und auch einen bundesweit verbindlicher Leitfaden „Barrierefreies Bauen“ v. 2014 sind ein guter Start, den unser Land leider versäumt hat (Die Monitoring-Stelle der UN-BHRK in Berlin stellt nach Auswertung des neuen Koalitionsvertrages in M-V fest, „dass diesem Politikfeld kein entsprechender Stellenwert eingeräumt wird und es keine fixierten Ziele und keine dafür notwendigen landesrechtlichen Regelungen gibt“).

„Recht ohne Ressourcen zu besitzen, ist ein grausamer Scherz“,

sagte treffend Julian Rappaport, denn wie sollen Projekte geprüft werden, wenn in den Bauämtern u. bei Verkehrsbauten in den Verkehrsämtern keine gesetzlichen Grundlagen und auch kein entsprechend ausgebildetes Fachpersonal vorhanden sind und die Landesregierung nichts unternimmt, diesen Zustand zu verändern.



Wesentlich besser in unserem LK NWM. Dieser schuf sich einen Beirat für Menschen mit Behinderungen. Natürlich waren am Anfang Denkbarrieren zu überwinden, mussten vertrauensvolle Verhältnisse zu den Bauunternehmen, den Planungs- u. Architekturbüros und den Investoren geschaffen werden.

Heute gibt es kein öffentliches Bau- u. Verkehrsvorhaben in unserem Kreis mehr, welches vor Ausreichung der staatlichen Fördermittel nicht von den „Bauleuten“ des Beirates hinsichtlich der Barrierefreiheit geprüft wurde.

Aktuelle Beispiele sind der Schulumbau in Bad Kleinen, der

geplante Kita-Neubau, der Neubau Strandpavillon und der Umbau der alten Turnhalle zu einer Stadthalle in Warin, die DRK-Zentrale in Grevesmühlen, der Ferien- u. Hotelkomplex „Weiße Wieck“ und die öffentliche Toilette in Boltenhagen, das Hotel „Wonnemar“ und die Rekonstruktion u. Erweiterung des Museums (Schabbel-Haus) in Wismar und das neue Verwaltungsgebäude unseres Landkreises in Wismar, Rostocker Str. (s. Foto). Dazu kommen alle Neubauten und Rekonstruktionen im komplexen Wohnungsbau und die Personenaufzug-Nachrüstungen in Geschößwohnungsbau.

Von den Verkehrsbauten die Chaos-Bahnhöfe in Bad Kleinen, in Grevesmühlen und in Wismar, der Bahnhofsvorplatz in GVM, der Zentrale Omnibus-Bahnhof (ZOB) in Wismar und das Straßentunnel-Bauwerk in Wismar, Poeler Str.

Dafür wird zukünftig ein entsprechend ausgebildetes Ingenieurpersonal in den Bauämtern den Architekturbüros und Baubetrieben benötigt. Wir fordern, in der HS Wismar eine Vertiefungsrichtung „Barrierefreies Bauen“ einzurichten, um dieser Anforderung zukünftig gewachsen zu sein.

Um Halbheiten zu begegnen, müssen zukünftig alle Bauinvestitionen vor Baubeginn ihr Zertifikat erhalten, vollständig barrierefrei zu sein. Das ist noch ein weiter

Weg. Eile ist geboten, denn die demografische Entwicklung holt uns ein. Mit der positiv zu wertenden höheren Lebenserwartung der Bevölkerung nehmen aber auch altersbedingte Erkrankungen und Behinderungen zu, wofür deutlich mehr barrierefreie und kostengünstige Wohnungen angeboten werden müssen.

Wir haben bei unserer Arbeit im Beirat mit vielen Menschen mit Handicap zu tun, die keinen Job mehr bekommen, die die meisten Arztpraxen wegen der nicht vorhandenen Barrierefreiheit nicht erreichen können, die in Sorge sind, wegen ihrer altersbedingten Gebrechen keinen entsprechenden barrierefreien Wohnraum zu bekommen, die keine Chance haben, die Bahn zu benutzen (z. Zt. noch Bahnhof Bad Kleinen, Bhf. Wismar, Bahnhof GVM), die vom ÖPNV unzureichend berücksichtigt werden, die Kulturveranstaltungen nicht mehr besuchen können, die von den Versicherungen wegen ihres Handicaps oder ihres Alters gelinkt werden oder wegen ihres hohen Alters keine Kredite mehr erhalten.

Für unseren Landkreis kann ich für diesen Teil unserer Arbeit, dank der Unterstützung durch die Verwaltung sagen:

Ja, wir sind gut in der Spur, aber die Lok benötigt mehr Dampf!“

(Fortsetzung von Seite 1)

Mahnwache gegen Flüchtlingsabschiebungen nach Afghanistan



Laut einem kürzlich abgeschlossenen Rücknahmeabkommen zahlt die EU der afghanischen Regierung 13 Milliarden € - in welchen Taschen die wohl verschwinden werden – für die Rücknahme von 80.000 afghanischer Flüchtlinge, die meisten davon befinden sich in Deutschland. Innenminister Caffier ist bei solchen Aktionen gern stets vorneweg und lässt konkrete Vorbereitungen treffen. Der Flüchtlingsrat M-V rief deshalb kurzfristig zu Mahnwachen auf, um gegen Abschiebungen in das „sichere Herkunftsland Afghanistan“ zu protestieren. In zwölf größeren Städten fanden am Samstag, dem 14.01. Mahnwachen statt. Auch in Wismar trafen sich gegen 14 Uhr etwa 20 Bürger und Flüchtlinge, die mit selbstgefertigten Losungen gegen die geplanten Abschiebungen in ein von Krieg und Bürgerkrieg heimgesuchtes Land protestierten.

Die Regionalkonferenz danach diente dazu, ein neues Leitbild der LINKEN MV auf den Weg zu bringen und neue Gedanken und Ideen zu sammeln, die wir als Lehre der letzten Landtagswahl in Zukunft angehen wollen. Die Thesen der Arbeitsgruppen des Landesvorstandes wurden kontrovers debattiert und es ergaben sich etliche Hinweise an die Arbeitsgruppen. Die anwesenden Leiter der AG sagten zu, die Ideen aufzugreifen und in die Beschlussvorlage des Landesparteitages einzuarbeiten. Bis Mitte März sind noch zuarbeiten möglich, auf dem Landesparteitag im April erfolgt dann die Endabstimmung. Hoffen wir das dieses Papier danach gelebt und umgesetzt wird und nicht in Vergessenheit gerät...

Euer Horst Krumpen
Kreisvorsitzender

Für ein sozial gerechtes Leben in Mecklenburg-Vorpommern



Von Simone Oldenburg, MdL

Die letzten Umfragen vor der Landtagswahl und auch die Landtagswahl selbst haben gezeigt, dass uns die Frauen und Männer in Mecklenburg-Vorpommern kein allzu hohes Vertrauen geschenkt haben. Sie honorieren unsere Familien- und Bildungspolitik, aber ansonsten haben wir in ihren Augen nicht so viel beizusteuern.

Aber – und das ist außergewöhnlich auffallend – sprechen sie uns eine besonders hohe Kompetenz auf dem Gebiet der sozialen Gerechtigkeit zu. Sie trauen uns im Vergleich zu allen anderen Parteien am meisten zu, dass wir eine Politik gestalten können, die sich für soziale Gerechtigkeit in allen Lebensbereichen einsetzt. Aber dennoch wählen uns längst nicht all die Frauen und Männer, die uns zutrauen, für soziale Gerechtigkeit

in allen Bereichen einzutreten. Vermutlich haben wir es bisher nicht ausreichend verstanden, ihnen klar und deutlich zu sagen, was mit uns, mit unserer Politik in jedem einzelnen Bereich tatsächlich für die Frauen, Männer und Kinder anders wird, was sich im Leben der Familien mit uns und einer Politik, die sozial gerecht ist, ändert. Wir müssen also deutlich und verständlich sagen, was Kinder, Jugendliche, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, Rentnerinnen und Rentner... davon haben, wenn sie uns ihr Vertrauen aussprechen.

Wir müssen das Heft des Handelns in die Hand nehmen, denn erstens können wir das und zweitens gehen SPD und CDU in diesem Bereich in Mecklenburg-Vorpommern in Deckung. Ein einziges Mal taucht „soziale Gerechtigkeit“ im Koalitionsvertrag auf. Wir müssen uns auf unsere Kernkompetenz besinnen. Denn: Nur, wenn die Frauen, Kinder und Männer ihr Leben in der Gesellschaft, in ihrer Schule oder in ihrem Betrieb als gerecht empfinden, wenn sie – entsprechend ihrer Fähigkeiten – alle Aufstiegs- und Bildungschancen erhalten, wenn sie ihren Lohn, ihr Gehalt als angemessen für ihre Arbeit einstufen und empfinden, dann können wir

von sozialer Gerechtigkeit sprechen. Wenn dies nicht der Fall ist, dann sind diese Zustände Zündstoff für soziale Konflikte und der gesellschaftliche Zusammenhalt bröckelt zunehmend. Denn ist es sozial gerecht, dass Bundes- und Landesregierung die hohe Kinder- und Altersarmut ignorieren? Ist es sozial gerecht, dass große Vermögen und Erbschaften minimal besteuert werden, aber Frauen und Männer, die Vollzeit arbeiten, oft noch aufstocken müssen, weil ihr Lohn nicht zum Leben reicht? Ist es sozial gerecht, dass die Herkunft eines Kindes über den Bildungserfolg entscheidet und Kinder von Eltern, die Geringverdiener, Arbeiter oder Arbeitslosengeld-Empfänger sind, als dumm abstempelt werden?

So lange die Kassenlage eines Landes darüber entscheidet, wie viel Förderung, wie viel Hilfe gewährt wird, welche Angebote ein Kind erhalten darf – solange sind wir weit davon entfernt, dass diese Politik sozial gerecht ist. Und deshalb fordern wir von der Landesregierung mit dem nächsten Haushalt die Einführung einer Kinderkarte. Kinder sollen mit Beginn des 6. Lebensjahres bis zum Ende des 16. Lebensjahres im Wert von 50 Euro pro Monat ins Kino gehen dürfen, Sport treiben

dürfen, ein Instrument erlernen, eine Theatervorstellung besuchen oder eben auch Nachhilfe in Anspruch nehmen – und dass alles, ohne Einschränkungen, unabhängig von ihrer familiären Situation. Sie sollen endlich am gesellschaftlichen Leben teilhaben dürfen, sie sollen nicht mehr verzichten müssen, sie sollen ganz einfach Freude an einem schönen Leben haben dürfen.

Für Lothar Bisky ist die soziale Gerechtigkeit „das Gerüst der Demokratie“. Armut macht es morsch. Gleiche Bildungschancen, Gesundheitsversorgung nicht nach dem Geldbeutel, Zugang zur Kultur für jedermann, menschenwürdige Alterssicherung, existenzsichernde Arbeit ermöglichen gleichberechtigte Teilhabe an der Gesellschaft.

Damit das geht, müssen starke Schultern mehr tragen als schwache.

Soziale Wohlfahrt ist auch das einzige Mittel, um dem internationalen Terrorismus weltweit dauerhaft den Boden zu entziehen.“ (EdZ)

Lasst uns gemeinsam für ein sozial gerechtes Leben in Mecklenburg-Vorpommern streiten.

Kein NPD-Verbot

Von Wolfgang Griese

Enttäuschung und Wut schossen mir Röte ins Gesicht: Kein NPD-Verbot!

Welch vertane Chance, die frühe Geschichte des Umganges mit den blutbefleckten Nazischergen der BRD unter Adenauer endlich zu korrigieren.

Eine klar vom Bundesverfassungsgericht nachgewiesene Ausländer- und Verfassungsfeindlichkeit ohne Konsequenz? Übrigens, welche Verfassung eigentlich?

Eine Demokratie, so sie denn funktionieren soll, muss Meinungsvielfalt, Pluralismus und Toleranz zulassen können. Sie muss in der Lage sein, aus der Geschichte Lehren ziehen zu können, sie muss wehrhaft sein, sich vor Zerstörung schützen können. Und genau diese Zerstörung ist das Ziel der faschistoiden Neonazipartei, wenn sie die Beseitigung der demokratischen Parteien und



die Errichtung eines Führerstaates fordert.

Toleranz in einer Demokratie muss immer mit dem Tolerieren der Intoleranz ihre Grenze finden, wollen wir nicht im Staatschaos oder einem Polizeistaat verkommen.

Was ist das überhaupt für eine Argumentation bei der Urteilsverkündung, wenn das Gericht palavert, die NPD sei zwar rassistisch, rechtsextremistisch und verfassungsfeindlich, stelle aber keine Gefahr für die Verfassungsord-

nung dar (*Originaltext: „Die NPD verfolgt zwar verfassungsfeindliche Ziele, es fehle aber an konkreten Anhaltspunkten von Gewicht, die es möglich erscheinen lassen, dass ihr Handeln zum Erfolg führt.“*). Ein Widerspruch in sich.

Das ausgebrochene Feuer ist klein. Das Bundesverfassungsgericht empfiehlt, bis zum Flächenbrand zu warten oder es mit Benzin zu löschen.

Ergo: Kein Verbot, kein Mittelentzug, keine Auflösung der NPD. Freudentänze bei ihren Mitglie-

dern und Anhängern, auch bei der am rechten Rand agierenden AfD? Es ist ja alles rechtens, alles verfassungskonform, besonders wenn man bedenkt mit welchem Eiltempo Konrad Adenauer 1956 das KPD-Verbot durchsetzte.

Björn Höcke, AfD, hatte gleich am nächsten Tag mit seinen verheerenden Äußerungen zum Holocaust-Mahnmal die neuen Grenzen des nunmehr Zulässigen ausprobiert. Welch eine Schande für unseren Staat, für unsere Demokratie.

Aber vermutlich ist eine solche Konstellation „böser Vielfalt“ genau das, was die Regierung der BRD will, um so ein konzertantes Aufbegehren des Volkes gegen staatliche Ungereimtheiten, gegen den weiteren Abbau sozialer Erregenschaften, gegen Kriegseinsätze, den Export von Waffen gegen CETA und TTIP zu verhindern.

Zur Transformations“theorie“

eine Antwort von Lutz Tannhäuser auf Horst Neumanns Beitrag im Wellenbrecher 33

Horst' Darstellung des Transformationskonzepts kann m. E. nicht unwidersprochen bleiben. Zunächst zur Begrifflichkeit: Von einer entwickelten Transformationstheorie sprechen in der Literatur nur ihre Kritiker, die Verfechter des Konzepts der Doppelten Transformation sehen darin etwa durchaus Unfertiges, das es weiterentwickeln gilt.

Michael Brie spricht davon, dass dieser Terminus für DIE LINKE eher als eine Absage an orthodoxe sozialdemokratische wie kommunistische Orientierungen auf Reformen bzw. auf Revolution als Ansatz zur Überwindung des Kapitalismus ist. Nach Dieter Klein bedeutet die Doppelte Transformation ein „Aufheben“ von Reform und Revolution in einem Prozess, der die Defizite beider Wege überwindet und ihre Stärken bewahrt.

Als Stärke des Reformismus sieht er seine Veränderungskraft durch Realisierung einzelner Reformen und die Chance, Mehrheiten ohne politische Überforderung der Wähler zu gewinnen; seine Schwäche sieht er in der Ausblen-

dung der Eigentums- und Machtverhältnisse und im Verbleib in kapitalistischen Strukturen. Die Stärke der Revolutionsorientierung sei das Beharren auf der Überwindung der kapitalistischen Machtstrukturen, ihre Schwäche – so die geschichtliche Lehre aus dem Zusammenbruch des Staatssozialismus – ist die Annahme, erst jenseits eines revolutionären Umsturzes die aufgestauten Probleme anzugehen - ohne einen vorausgegangenen längeren Prozess von Teillösungen - was zu einem sektiererischen Dasein der Revolutionäre am Rande der Gesellschaft führt.

Nach dem Scheitern beider Strategien gehe es heute zunächst darum, die aktuelle Schwäche linker Klassenkräfte in Europa zu überwinden. Mit der Transformationsstrategie sollen neben dem traditionell als revolutionäres Element gesehenen Arbeitermilieu auch linke Kräfte aus der Intelligenz, dem progressiven Bürgertum und vielfältigen sozialen und Protestbewegungen in den Kampf um eine solidarische Gesellschaft einbezogen werden, der von vielen

gesellschaftlichen Gruppen gemeinsam getragen wird, weil er ihnen den Raum und die Möglichkeit gibt, ihre jeweiligen emanzipatorischen Ziele zu verfolgen.

Doppelte Transformation deshalb, weil in einem langen Prozess demokratische Veränderungen der Gesellschaft durchgesetzt und summiert werden sollen, so dass die kapitalistischen Strukturen nach und nach an Dominanz verlieren und in einem letzten Schritt in einer solidarischen Gesellschaft aufgelöst werden. Die Art und Weise dieses letzten Schrittes wird dann vom konkreten Kräfteverhältnis der Klassenkräfte abhängen. Stichpunktartig seien als Schritte sozialökologischer Umgestaltung genannt: Umverteilung von Eigentum von privater in die öffentliche Hand, Rekommunalisierung, Bildung von Genossenschaften, Dezentralisierung, ein jedermann zugängliches Bildungs- und Gesundheitswesen sowie Sozialsystem, Deglobalisierung, Wirtschaftsdemokratie, unterschiedliche Formen gemeinsamen Eigentums, Ausweitung des Öffentlichen, Übergang zu einer grün

-sozialistischen Reproduktionsökonomie jenseits des Wachstums, Geschlechterdemokratie, Verbesserung der Lage der Schwächsten, grundlegende Veränderung der Machtverhältnisse u. a. m.

Das von Horst offenbar zu einem Sündenfall erhobene Mitregieren wird keineswegs zu einem Schlüsselproblem erhoben und soll stets danach entschieden werden, welche Chancen sich damit auf dem Wege zu einer besseren Gesellschaft eröffnen. Solche von Horst in seinem Beitrag verwendeten Floskeln zur Charakterisierung des Transformationskonzepts wie „Feigenblatt für Mitregieren“, „Verklärung der ‚guten‘ Seiten des Kapitalismus“ u. a. m. halte ich für unzutreffend. Als wenig hilfreich für einen kulturvollen Meinungsstreit finde ich, dass er mit einem völlig willkürlich herbeizitierten Marxwort die Arbeit vieler GenossInnen auf diesem Gebiet als „rastlose Geschwätzigkeit und Verhinderung von Fortschritt“ herabsetzt.

Obamas friedenspolitische Bilanz nach acht Jahren

Große Hoffnungen setzten sowohl die Amerikaner als auch Menschen in aller Welt auf Obama, als dieser 2008 neuer amerikanischer Präsident wurde. Sein Vorgänger Bush hatte das Ansehen der USA in der Welt ziemlich ramponiert.

Kaum im Amt, wurde Obama schon der Friedensnobelpreis verliehen – wofür, wird am Ende seiner Amtszeit noch fragwürdiger.

Während seines Wahlkampfes und zu Beginn seiner Amtszeit hatte er versprochen, die Kriege im Irak und in Afghanistan so schnell wie möglich zu beenden. Jeder weiß, dass in beiden Ländern der Krieg unvermindert weiter geht.

Aus der Ankündigung Obamas, das Zeitalter der Atomwaffen zu beenden, wurde unter dem Begriff Modernisierung die Neuentwicklung der Atombombe B61-12 vorangetrieben.

Die Zahl der Orte in der Welt, an denen amerikanische Truppen stationiert sind, nahm umfangreich zu. Es handelt sich um viele kleine

Truppenkontingente aus Spezialeinheiten und Geheimdienstlern. Der Einsatz von Drohnen wurde ein Schwerpunkt. Nie zuvor wurden so viele Menschen durch amerikanische Drohnen getötet, davon eine kleine Anzahl Terroristen und eine große Anzahl Zivilisten, in Afghanistan, Nordafrika und im Nahen Osten.

Libyen wurde 2011 durch eine von den USA geführte Koalition schwerstens zerstört. Im gleichen Jahr begann der Krieg in Syrien, für den die USA Logistik, Ausbildung von Regierungsgegnern und tausende Tonnen Waffen lieferte. Alle Versuche, den Krieg zu beenden, wurden durch die USA blockiert. Selbst unterschriebene Vereinbarungen mit Russland wurden torpediert und die Zusammenarbeit schließlich ganz eingestellt. Im Oktober wurden syrische Regierungstruppen direkt angegriffen. Während man das noch als Versehen bemängeln wollte, machte man beim Bombardement am 3. Januar 2017, bei dem neben syrischen Soldaten auch 20 Zivilisten ums Leben kamen, dazu keine

Bemerkungen. Unter dem Vorwand der Bekämpfung des IS zerstört die US-geführte Koalition die Infrastruktur Syriens, gegen UN- und Völkerrecht. Auch beim Krieg Saudi-Arabiens und seiner Unterstützer gegen Jemen sind amerikanische Offiziere im Führungsstab.

Intensiv hat der Friedensnobelpreisträger die Kriegsgefahr an der russischen Grenze erhöht. Hier erfolgt ein militärischer Aufmarsch großen Ausmaßes, einschließlich intensiver Militärmanöver. Schon eine Unachtsamkeit oder ein kleiner militärischer Fehler bergen hier immer die Gefahr

eines nuklearen Infernos in sich.

Gleichzeitig führte Obama die Beziehungen zu Russland auf einen Tiefpunkt, wie es ihn selbst im früheren kalten Krieg nicht gab. Zu Beginn seiner Amtszeit hatte er noch betont, dass eine Verständigung mit Russland im Mittelpunkt seiner Politik stehen werde. Doch jetzt nutzt er sogar noch die letzten Tage im Amt, um für seinen Nachfolger die Hürden zur Verbesserung der Beziehungen zu Russland so hoch wie möglich zu bauen. Dazu gehören die Aufhebung aller Waffenbeschränkungen für syrische Rebellen, einschließlich Luftabwehrraketen, die Ausweisung einer großen Zahl russischer Diplomaten aus den USA, die Ausweitung der Sanktionen und eine umfassende Verleumdungskampagne gegen Russland und direkt gegen seinen Präsidenten.

Friedensnobelpreisträger Obama verschafft sich wahrhaftig einen glorreichen Abgang als ehemaliger Hoffnungsträger.

Horst Neumann, 10.01.2017





XXII. Internationale Rosa Luxemburg Konferenz

Gegen rechts ist nicht genug – Sozialistische Alternativen erkämpfen.

Vor einem Jahr berichtete ich, dass das Haus der Urania den großen Teilnehmerandrang kaum noch fassen konnte. In diesem Jahr waren es noch mehr (2800). Doch die „junge Welt“, als Veranstalter, hatte vorgesorgt und größere Räume in Berlin-Moabit angemietet.

Teilnehmer an diesem internationalen Treffen linker Aktivisten kamen aus Spanien, Brasilien, Kolumbien, Kuba, Mexiko, der Türkei und den USA. Dazu kam die linke italienische Band »Banda Bassotti« mit M&R-Chefredakteurin Susann Witt-Stahl, die zusammen auch im Donnezker Gebiet waren.

Die deutschen Teilnehmer Bernd Riexinger, Ellen Brombacher, Patrik Köbele, Aitak Barani (Zusammen e.V.) und jW-Chefredakteur Stefan Huth äußerten sich, wie gewohnt, vor allem im Podiumsgespräch. Das Thema war hier die Frage über das Für und Wider des Strebens der Partei DIE LINKE auch auf Bundesebene mitzuregieren. Starke Unmutsbekundungen rief die Nachricht über den Rücktritt des Berliner Staatssekretärs Andrej Holm hervor, der das stärkste Wahlversprechen der Linken, eine Wende in der Wohnungspolitik durchzuführen, umsetzen sollte. Die heftige Kritik galt nicht nur dem Berliner Bürgermeister, sondern genauso seinem linken Koalitionspartner.

Wie schon seit Jahren eröffnete der Berliner Kabarettist Dr. Seltensam das Programm, diesmal mit einem Hinweis auf den neuen Begriff „Gefährder“. Er erzählte, wie er in der U-Bahn fragte, was ein Gefährder ist, wie man das werden kann, wo man sich bewerben kann?

Jean Wyllys, brasilianischer Literaturwissenschaftler und linker Parlamentsabgeordneter, berichtete als erster Referent über den Putsch in seinem Land: »Die Oligarchen wollen die soziale Teilung der Gesellschaft verewigen.«

Arnaldo Otegi, erst im März 2016 nach 8-jähriger Haft entlassen, sprach über den Kampf der Bas-



ken, der auch internationalistisch ist, weil es darum geht, das Staatswesen wieder für die eigenen Bürger zu gestalten und es den jetzigen Herrschern zu entreißen. Aus dieser Sicht forderte er internationale Solidarität der Linken und bedauerte, dass man die Griechen in ihrem Kampf zu wenig unterstützt hatte.

Die kalifornische Lehrerin Marylin Zuniga wurde entlassen, weil sie mit Schülern Solidaritätsbriefe an den seit mehr als 35 Jahren inhaftierten US-Publizisten Mumia Abu-Jamal gerichtet hatte. Gemeinsamer Kampf führte zu ihrer Wiedereinstellung.

Aus Kolumbien berichtete der Arzt und Journalist Alberto Pinzón über den Friedensvertrag zwischen den FARC-Guerilla und dem kolumbianischen Staat.

Ertugrul Kürkcü, linker türkischer Journalist und HDP-Parlamentsabgeordneter, beschrieb die Lage in der Türkei: »Gegen den Faschismus gibt es keine halben Siege.« Der NATO-Staat müsse international isoliert werden. Dazu könnten deutsche Linke, wenn sie sich organisieren, beitragen.

Informationen und Grüße aus Kuba überbrachte die stellvertretende Leiterin der internationalen Granma-Ausgabe und machte darauf aufmerksam, dass diese Zeitung jetzt monatlich auch in Deutsch zu haben ist.

Der Geschäftsführer des jW-Verlags 8. Mai Dietmar Koschmieder lud zur Feier des 70. Geburtstages der „jungen Welt“ für den 25. Februar ins Berliner Kino »International« ein und zog eine kurze positive Zwischenbilanz der im Oktober 2016 begonnenen

Werbekampagne für die Zeitung

Wie in den letzten Jahren interessierte mich besonders die Jugendkonferenz, die in einem trotz Erweiterung überfüllten Nebensaal stattfand. SDAJ, Gewerkschaftsjugend und drei antifaschistische Organisationen diskutierten über den Umgang mit den Rechtsextremen und der AfD. Alle brachten zum Ausdruck, dass die Linke nicht mehr als Protestpartei wahrgenommen werde, da sie vor allem das System mitgestalten will. Von der Gewerkschafts(jugend) wurde verlangt, sich nicht nur auf Tarifabschlüsse zu konzentrieren, sondern auch mehr soziale Probleme in ihren Kampf aufzunehmen. Unterschiedliche Auffassungen gab es über Aktivitäten gegen Rechts. Soll man überall hinfahren, um sich rechten Aufmärschen entgegen zu stellen, oder lieber vor Ort aktiv werden, um durch eigenes Handeln die Wirkung von AfD und NPD zu neutralisieren. Unterschiede und Gemeinsamkeiten beider Parteien wurden benannt. Während beide den bis in die Mittelschichten latenten Rassismus bedienen, setzt die NPD zusätzlich auf Gewalt und weitere faschistische „Tugenden“. Den jungen Leuten war durchaus bewusst, dass Rassismus mit sozialen Ängsten zu tun hat. Flüchtlinge werden genutzt, um die Verunsicherung und die Wut über die eigne miese soziale Lage auf Menschen zu lenken, denen es noch schlechter geht.

Wie es sich für eine internationale linke Konferenz gehört, wurde sie mit dem Gesang der »Internationale« beendet.

Horst Neumann 19.01.2017

Vormerken!

Ostermarsch 2017

Seit einigen Jahren finden die aus den alten Bundesländern bekannten traditionellen Ostermärsche der Friedensbewegung auch in Wismar statt. Motor und Organisator war von Beginn an Michael Deppe. Mit seinen in den alten Bundesländern erworbenen Erfahrungen gelang es ihm, den Wismarer Ostermarsch fest zu etablieren und Teilnehmer aus allen Bevölkerungskreisen zu mobilisieren. Jeweils an den Ostersonnabenden treffen sich die Friedensbewegten traditionell auf dem Parkplatz Weidendamm. Von dort treten sie - mit Plakaten und Bannern ausgerüstet - einen Rundgang zum Marktplatz an, wo um 12 Uhr eine Abschlusskundgebung stattfindet. So wird es sicherlich auch 2017 sein.

Die Wismarer Friedensinitiative möchte gern der Bevölkerung auch aus dem Kreisgebiet Gelegenheit geben, ihren Protest gegen die überall in der Welt zunehmenden kriegerischen Bedrohungen gemeinsam mit uns zu artikulieren und ruft sie zur Teilnahme am Wismarer Ostermarsch 2017 auf. Als Mitglied dieser Friedensinitiative wende ich mich hiermit vor allem an die BO-Vorsitzenden sowie an alle Genossinnen und Genossen unseres Kreisverbands mit der Bitte, die Teilnahme am diesjährigen Ostermarsch auf eure Aktivitäten-Liste zu setzen. Die Wismarer Friedensbewegten freuen sich darauf, wie ihr euch mit euren Friedenslosungen am 15. April vom Weidendamm aus in den Protestzug einreihen und gemeinsam mit uns gegen Krieg und Gewalt demonstrieren werdet.

Lutz Tannhäuser

der **WELLENBRECHER**

Herausgegeben vom:
Kreisverband DIE LINKE
Lübsche Str. 70, 23966 Wismar

DIE LINKE. NORDWESTMECKLENBURG

Redaktion:
Sonja Bahlk, Karl-Heinz Bethke, Uwe Boldt, Helga Brauer, Wolfgang Griese, Lutz Tannhäuser, Peter Vorbau u. Frank Wuttke

Kontakt:
Fon: (03841) 28 35 55
Fax: (03841) 20 19 79
Mail: info@die-linke-nwm.de
Internet: www.die-linke-nwm.de
Redaktionsschluss: 26.03.2017



Das »Sprachcafé« in der Lübschen Str.

SPERO - lateinisch "ich hoffe" - ist der Name des Projektes zur Flüchtlingshilfe und Integration im Verein "Das Boot" im Herzen von Wismar.

Im Herbst 2015 entstand das »Sprachcafé«. Viele Asylbewerber/innen haben sehr wenig Kontakt mit Deutschen. Sie können das in Sprachschulen erlernte Deutsch nicht praktizieren und benötigen auch Beratung und Hilfestellungen im Umgang mit Behörden, bei der Wohnungssuche. Andere Asylbewerber/innen, die sich noch nicht so lange in Wismar befinden, haben noch keinen offiziellen Sprachunterricht. Auch für sie muss es eine Möglichkeit geben, mit der deutschen Sprache zu beginnen und damit vertraut zu werden.

lie mit zwei 8- und 10-jährigen Jungen und drei Frauen aus Somalia oder die Grammatikgruppe mit etlichen Teilnehmer/innen aus verschiedenen Ländern. Diese Gruppe hat ordentliche Deutschkenntnisse, tut sich aber noch schwer mit der deutschen Grammatik.

An meinem ersten Nachmittag war ich zusammen mit den zwei syrischen Jungen, bei der Hausaufgabenhilfe und beim Karten spielen. Die Jungen können nun "Mau-Mau" und ich ein arabisches Kartenspiel. Beim spielerischen Lernen mit den Karten haben die Jungs mehr deutsche Wörter lernen können. Jetzt arbeite ich oft zusammen mit fünf Menschen aus Eritrea. Zwei jungen Frauen und drei jungen Männern. Es sind alles



All dies führte u.a. zur Gründung des Sprachcafés. Die Asylbewerber/innen kommen auf freiwilliger Basis zur Konversation, um das Erlernte in den offiziellen Sprachkursen zu vertiefen und zu verbessern sowie zur Beratung. Jeden Mittwoch treffen sich 30-50 Flüchtlinge, meist aus Syrien, Eritrea, aber auch aus der Ukraine, Somalia, Ägypten und Afghanistan in der gemütlichen Atmosphäre des Sprachcafés bei Kaffee und Tee. Mehrere Familien befinden sich darunter.

Für uns freiwillige Helfer/innen gibt es gute Unterrichtsmaterialien für ehrenamtliche Lehrkräfte, die auch speziell zugeschnitten in verschiedenen Sprachen vorliegen. Es werden aber auch eigene Ideen und Materialien eingesetzt.

An den Cafénachmittagen finden sich meist kleinere Gruppen mit den Helfer/innen in den Räumen "Das Boot" zusammen. Meist zusammengestellt nach bereits erworbenen Deutschkenntnissen. So gibt es z.B. eine syrische Fami-

Bootsflüchtlinge, die schwere Erfahrungen hinter sich haben. Die Frauen haben nach dem Kriegstod der Väter sieben Jahre in einem Lager im Sudan gelebt.

Dann ist da noch die Laufgruppe "Spero". Die Teilnehmer sind schon bei einigen Laufevents in Schweden mitgelaufen mit guten Platzierungen. Beim Wismarer Strandlauf im Dezember erliefen zwei Asylbewerber bei dem 4 km-Lauf den 1. und 3. Platz.

Nach dem Anschlag in Berlin und der daraus entstandenen, nachlassenden Zuversicht vieler Deutscher, mit Sicht auf die Integration, ist es für mich noch wichtiger geworden meine freiwillige Arbeit fortzusetzen und zu erweitern. Jeglicher Erfolg bei der Arbeit mit besserer Integration ist auch eine Arbeit gegen Rechts.

Rüdiger Müller

Herzliche Glückwünsche

Der Kreisvorstand der LINKEN Nordwestmecklenburg gratuliert allen Mitgliedern unseres Kreisverbandes sehr herzlich, die im Januar und Februar sowie im März 2017 Geburtstag hatten und haben.

Ganz besonders herzliche Glückwünsche gehen an Bruno Kerbstat zum 93. sowie an Luise Schulz zum 91. Geburtstag. Zum 90. Geburtstag gratulieren wir Heinrich Lenke und Ernst Hahn. Zum 89. Geburtstag gehen alle guten Wünsche an Gerhard Gorzitza und zum 88. Geburtstag gratulieren wir Manfred Fischer. Ebenfalls alle guten Wünsche gehen zum 86. Geburtstag an Lutz Tannhäuser. Zum 85. übermitteln wir herzliche Glückwünsche an Edith Knöfel. Zum 84. Wiegenfest gratulieren wir Anita Horn und Horst Bachmann. Auf 83 Lebensjahre blickt Peter Luckmann zurück. Herzliche Glückwünsche zum 82. Geburtstag erhalten Charlotte Bibow und

Arno Spudat. Erika Prochnow und Vera Schild sowie Kurt Möller gratulieren wir zum 81. Geburtstag. Zum 80. Wiegenfest gehen alle guten Wünsche an Lieselotte Hamann, Gisela Lange und Günter Kauert. Zum 70. Geburtstag wünschen wir Doris Gerlinger sowie den Rolf Bruhn und Manfred Jürß alles Gute. Glückwünsche zum 65. Geburtstag gehen an Herbert Konkol und Klaus Heeren. Zum 60. Wiegenfest gratulieren wir Dietmar Barnekow.

Wir wünschen ihnen alles Gute, vor allem Gesundheit, und danken ihnen für ihre langjährige aktive Parteiarbeit.



Wie weiter mit dem WELLENBRECHER ?

Unser Kreisverband ist mit einem sinkenden Beitragsaufkommen konfrontiert. Für den Kreisvorstand war das Anlass, alle Ausgaben kritisch auf mögliche Einsparungen hin zu überprüfen, um weiter politisch handlungsfähig zu bleiben. Als eine mögliche Einsparungsquelle wurden auch die Druckkosten unserer Zeitung in Betracht gezogen; was natürlich auch Bedenken hervorrief. In der Redaktion entschlossen wir uns deshalb, dem Kreisvorstand als Entscheidungshilfe ein Meinungsbild aus der Mitgliedschaft zur Verfügung zu stellen. Der Kreisparteitag bot sich für eine unkomplizierte Meinungssammlung mit Hilfe eines Formblatts an, auf dem man Fragestellungen ankreuzen und kurze Statements eintragen konnte.

Gefragt wurde nach Meinungen zur Verteilung, zum Erscheinungsturnus, zur Ausrichtung (ob als Mitglieder- oder als Zeitung für die Öffentlichkeit), zur Akzeptanz sowie zu gewünschten inhaltlichen Schwerpunkten. Daneben konnten Vorschläge dazu gemacht werden, was künftig stärker behandelt bzw. was vernachlässigt werden könnte sowie danach, ob jemand evtl. künftig in der Redaktion mitarbeiten wolle. Die Auswertung ergab, dass der Wellenbrecher eine überwiegend gute Akzeptanz genießt, was u.a. im mehrheitlichen

Wunsch zum Ausdruck kam, ihn wie bisher alle zwei Monate erscheinen zu lassen.. Die meisten wünschten auch zukünftig eine Ausrichtung als vorwiegend Mitgliederzeitung mit teilweiser Eignung für die Öffentlichkeit. Für die Arbeit der Redaktion gab es eine Reihe von Vorschlägen, mit denen durch Einschränkung der Themenbreite Einsparungen erzielt werden könnten; das betraf vor allem solche Vorschläge, dass künftig weniger Berichte über Vergangenes gebracht und internationale Themen eingeschränkt werden sollten. Wenn auch so nur ein Teil unserer Mitglieder erfasst werden konnte, so ergaben die Ergebnisse doch verwertbare Anhaltspunkte für die Akzeptanz unserer Zeitung.

Im Kreisvorstand wurden sie u. a. für eine Entscheidung über die weitere Verfahrensweise mit unserer Zeitung herangezogen. Danach wird es Einsparungen dergestalt geben, das zwei Ausgaben/Jahr entfallen werden, der Wellenbrecher also künftig einmal im Quartal erscheinen wird. Zusätzlich soll auch die Auflagenhöhe reduziert werden. Das wird eine inhaltlich andere Schwerpunktsetzung erfordern, ist aber eine Lösung, mit der die Leser und auch die Redaktion leben können sollten.

Lutz Tannhäuser